

Enfin, cette collecte d'informations existait jusqu'en 2008 et ne posait pas de grandes difficultés.

Le Conseil des Etats a accepté la motion le 14 décembre 2021, par 23 voix contre 14 et 2 abstentions. Votre commission vous propose, par 14 voix contre 11, de suivre le Conseil des Etats et d'accepter la motion.

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich beantrage Ihnen namens der Minderheit, diese Motion abzulehnen, wie das der Bundesrat übrigens auch tut. Der Bundesrat möchte vielmehr einen Prüfauftrag, also die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Das haben wir jetzt aber nicht auf dem Tisch.

Um was geht es hier? Auch der Bundesrat hat die Frage gestellt, ob diese Motion überhaupt umsetzbar ist. Der Bundesrat verneint dies in seiner Antwort. Wir müssen uns vorstellen: Die Motion verlangt vom Bundesrat, im Familienrecht eine Datengrundlage zu Unterhaltsentscheiden von Gerichten zu schaffen. Die Motion spricht von Mikrodaten über nahehelichen Unterhalt und vor allem auch über Unterhaltsvereinbarungen. Mikrodaten – wie wollen Sie diese erheben? Wie wollen Sie den Gerichten sagen, welche Daten sie liefern sollen? Oder müssen da die Gerichte ihre Entscheide auseinandernehmen und beim Bundesamt für Statistik die Daten melden? Es stellt sich die Frage, ob das überhaupt umsetzbar ist. Oder geht es der Motion darum, die Gerichte zu überprüfen? Es macht den Anschein.

In der Begründung steht: "Nach einer Serie von Bundesgerichtsentscheiden [...] befindet sich insbesondere das eheliche Unterhaltsrecht in starkem Wandel. Die Leitentscheide bekräftigen eine Abkehr von verschiedenen Schutzklauseln im Eheunterhaltsrecht" und vor allem "vom Konzept der lebensprägenden Ehe". Müssen wir das überprüfen? Ich erinnere daran, dass wir, als wir hier in diesem Saal das Familienrecht, das Unterhaltsrecht, das Sorgerecht, die Betreuung geändert haben, immer darauf aufmerksam gemacht haben, dass alles geändert wird, auch das Unterhaltsrecht. Das wussten wir. Wir wollten aber eine Änderung erreichen. Wir sagten in der Debatte über die Revision des gesamten Familienrechts immer, dass das Konzept der lebensprägenden Ehe ein alter Zopf sei, der ohnehin an Bedeutung verliere.

Das Konzept der lebensprägenden Ehe betrifft zudem ohnehin nur die hohen Einkommen. Denn wie wollen Sie die lebensprägende Ehe schützen oder weiterführen, wenn Sie kein Einkommen haben? Die lebensprägende Ehe betrifft die unteren Einkommen ja überhaupt gar nicht. Dort müssen Sie vielmehr die Frage stellen, ob Sie nach der Scheidung zwei Wohnungen bezahlen können. Das ist die Frage: Können Sie das noch tun oder nicht? In den meisten Fällen können Sie das eben nicht tun.

Es war also unsere Absicht, das alles zu ändern. Jetzt die Gerichte zu beauftragen, Mikrodaten zu liefern, finde ich den falschen Weg. Wir müssen nicht die Gerichte überprüfen. Vielleicht müssen wir überprüfen, was wir selbst machen – und zwar bevor wir uns entscheiden –, anstelle hier Mikrodaten bezüglich der Urteile zu verlangen.

Die Minderheit ist der Meinung, dass das, was die Motion will – eben Mikrodaten zu erheben –, auch nicht machbar ist. Die meisten Scheidungen werden über Scheidungskonventionen vollzogen. Da müssen Sie dann alle Unterlagen bezüglich der Scheidungskonvention entsprechend analysieren. Das betrifft die Steuererklärung, die bisherigen Einnahmen, die künftigen Einnahmen, die bisherigen Vermögen, die künftigen Vermögen, das BVG; auch die dritte Säule müssen Sie untersuchen. Das gehört alles zur Vereinbarung. Wie wollen Sie das tun? Wollen Sie den Gerichten den Auftrag geben, dass sie diese Daten erheben? Dann sagen die Gerichte, dass man, um diese Daten zu ermitteln, pro Gericht zwei, drei Leute mehr brauche. Das ist aber nicht Aufgabe der Gerichte. Wenn jemand solche Daten liefern kann, dann sind es allenfalls die Gerichte. Aber es ist nicht die Aufgabe der Gerichte, solche Daten zu liefern. Wenn Sie eine Scheidungskonvention haben, dann war es ohnehin der gemeinsame Wille, und wenn die Scheidungskonvention eingereicht wird, muss der Richter überprüfen, ob ein Armutsrisiko be-

steht. Diese Prüfung wird gemacht, und somit brauchen wir keine weiteren Prüfungen.

Ich bitte Sie, der Minderheit zu folgen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Für den Bundesrat ist auch unbestritten, dass für die allfällige Ausarbeitung neuer Gesetze eine Evaluation des geltenden Rechts nötig ist. Der Bundesrat unterstützt von daher das Grundanliegen der Motion. Wir sind uns auch in einem weiteren Punkt einig: Die Datengrundlage kann sich nicht nur auf Unterhaltsentscheide beschränken, wie es im Titel der Motion angedeutet ist, sondern es muss die gesamte Behördenpraxis in allen familienrechtlichen Belangen erfasst werden.

Bei der Schaffung der gewünschten Datengrundlage stellen sich verschiedene grundsätzliche Fragen. Deshalb ist der Bundesrat gegen diese Motion. Welche Daten sollen überhaupt erhoben werden? Darauf hat auch Herr Schwander hingewiesen. Welche Daten und Datenbanken gibt es bereits? Braucht es ein neues Informatiksystem? Müssen neue gesetzliche Grundlagen geschaffen werden? Hat der Bund überhaupt die Möglichkeit, diese Daten einzufordern? Nicht zuletzt stellt sich die Frage, wie viel es kosten wird und wer diese Kosten tragen wird.

Das sind die Fragen, die der Bundesrat gerne beantwortet hätte, bevor man eine solche Evaluation macht. Das ist unser Anliegen. Wir haben deshalb auch gesagt, wir würden es bevorzugen, wenn diese Motion in einen Prüfauftrag umgewandelt wird und dann weitere Schritte unternommen werden. Ich mache mir aber keine grossen Illusionen darüber, wie Sie hier abstimmen werden. Ich möchte einfach noch einmal zu bedenken geben, dass es für den Bundesrat sehr schwierig ist, den Auftrag, so wie er formuliert ist, überhaupt zu erfüllen.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Die Mehrheit beantragt die Annahme der Motion. Eine Minderheit Schwander und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.4191/25085)

Für Annahme der Motion ... 97 Stimmen

Dagegen ... 69 Stimmen

(3 Enthaltungen)

22.3381

Motion RK-N.

Harmonisierung der Fristenberechnung

Motion CAJ-N.

De l'harmonisation de la computation des délais

[Nationalrat/Conseil national 08.06.22](#)

Flach Beat (GL, AG), für die Kommission: Im Zusammenhang mit der Beratung der Revision des Zivilprozessrechts hat Ihre Kommission verschiedene Lösungsansätze zur Berechnung von Fristen bei Eingaben an die Gerichte beraten. Für die Zivilprozessordnung (ZPO) hat sich dann eine Lösung durchgesetzt, die in der Kommission aber auch zur Frage Anlass gab, ob es nicht möglich wäre, die Berechnung von Fristen, die heute an verschiedenen Orten unterschiedlich geregelt sind, zu vereinheitlichen. Deshalb hat Ihre Kommission am 7. April 2022 einstimmig beschlossen, die vorliegende Motion anzunehmen.

Sie beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf zur Vereinheitlichung der Fristenberechnung in der gesamten schweizerischen Rechtsordnung zu erarbeiten. Dieser soll insbesondere vorsehen, dass die im Rahmen der Revision der ZPO

diskutierte Lösung auf Artikel 90 Absatz 1bis der Strafprozessordnung, Artikel 40 Absatz 1 des Bundesgerichtsgesetzes, Artikel 20 Absatz 1bis des Verwaltungsverfahrensgesetzes, Artikel 38 Absatz 1 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts sowie Artikel 77 des Obligationenrechts und andere Gesetze, die im Rahmen der Kompetenz des Bundes liegen, angewendet wird. Damit sollen diese Artikel vereinheitlicht werden, was die Berechnung des Fristenlaufs angeht.

Diese Vereinheitlichung hätte automatisch auch zur Folge, dass den im Moment bestehenden Unterschieden im Bereich der Fristenberechnung auch auf kantonaler Ebene begegnet werden könnte. Heute ist es zum Teil schwierig herauszufinden, wann welche Fristen zu laufen beginnen. Eine Vereinheitlichung würde bestimmt Sinn machen. Es wäre auch an der Zeit, mit dieser Arbeit zu beginnen, nachdem wir die ZPO beraten haben.

Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zu folgen, die einstimmig Beschluss gefasst hat.

Dandrès Christian (S, GE), pour la commission: La Commission des affaires juridiques a travaillé pendant une année sur la révision du code de procédure civile et un consensus s'est dégagé autour d'un principe, à savoir que la procédure doit être la plus praticable possible. C'est dans l'idée de poursuivre cet objectif, cette finalité, qu'elle a traité de la question des délais, et notamment de la jurisprudence du Tribunal fédéral concernant le décompte des délais des actes adressés en courrier A plus. Pour le dire simplement à l'attention des personnes qui ne connaîtraient pas cette prestation de la Poste, elle permet de livrer des courriers et de documenter la réception sans que le destinataire ait besoin de signer la lettre. Concrètement, le site Internet de la Poste mentionne à quel moment le courrier a été distribué dans la boîte aux lettres ou la case postale du destinataire.

Le problème est que, dans des situations où des justiciables étaient défendus par des avocats ou d'autres professionnels, des documents ont été notifiés par ce biais dans des cases postales, notamment le week-end, et les professionnels en question n'ont vu les courriers que le lundi et ont pensé que c'était à partir du mardi que le délai commençait à courir. Ils ont donc déposé des recours tardivement, ce qui a donné lieu à des jurisprudences du Tribunal fédéral.

D'un point de vue dogmatique, le Tribunal fédéral a considéré que le délai devait commencer à courir dès le dimanche si le document était mis dans la boîte postale le samedi, puisqu'il était librement accessible sans signature dès le samedi, même si les études d'avocats étaient fermées ce jour-là. C'est dogmatiquement correct, mais les conséquences pratiques pour les justiciables ont pu être dramatiques parce qu'ils ont perdu leurs droits. La commission propose donc au conseil de faire partir le délai des actes notifiés le samedi en courrier A plus le mardi, comme il en va pour les courriers recommandés.

La commission a par ailleurs accepté que cette motion, destinée à faire un pas de plus, le pas ultime en quelque sorte, vous soit soumise avec l'objectif d'unifier la computation des délais en A plus pour toutes les procédures de rang fédéral – civile, pénale, ou relevant de la loi sur le Tribunal fédéral, de la procédure administrative, de la procédure pour les assurances sociales et pour les quelques autres délais restés inscrits dans le code des obligations.

Cette proposition, du point de vue de la science juridique, n'est pas correcte, mais la commission a jugé que, d'un point de vue politique, le plus important n'était pas la science juridique mais la protection des justiciables. C'est pour cela qu'elle a décidé à l'unanimité de déposer cette motion.

Le Conseil fédéral s'oppose à la motion avec trois arguments. Tout d'abord, il soutient que le fait de modifier la computation des délais en procédure pénale serait inutile, puisque les actes en procédure pénale doivent se faire par recommandé ou par d'autres modes de communication qui impliquent un accusé de réception.

Cet argument n'a pas été invoqué par le représentant du Conseil fédéral lors des débats en commission. Donc je serais bien en peine de vous dire comment la commission aurait

apprécié cet argument. Je relève toutefois, à titre personnel, mais j'estime que je n'aurais sans doute pas été le seul à le faire en commission, que si cette proposition est sans portée pour la procédure pénale, elle ne nuirait en tout cas ni à la cohérence de l'ensemble ni aux intérêts du justiciable.

Dans son deuxième argument, le Conseil fédéral estime que la motion serait prématurée et ne reposerait pas sur un examen approfondi de ses implications, notamment sur les règles de procédure cantonales. C'est un argument qui a été soulevé en commission, mais qui n'a pas emporté la conviction des commissaires. Ils ont considéré que les cantons restaient libres de fixer les règles de computation des délais qu'ils souhaitent, voire d'adopter des règles différentes des règles fédérales dans les domaines qui relèvent de leur compétence exclusive, même si beaucoup de cantons renvoient aux règles de la procédure administrative fédérale. C'est en effet dans ce domaine qu'ils ont la marge de manoeuvre la plus importante.

La solution proposée dans la motion aurait été refusée lors de la session spéciale de notre conseil en mai dernier. C'est le troisième argument du Conseil fédéral. La seule remarque qu'on peut faire, à mon avis, c'est que notre conseil est naturellement souverain dans ses choix et qu'il peut parfaitement accepter cette motion, même s'il a refusé il y a peu de changer la teneur d'une des dispositions du code de procédure civile. Il pourrait vouloir le faire précisément pour essayer d'assurer une unité dans différentes lois de procédure de rang fédéral.

La commission vous demande, à l'unanimité, d'accepter cette motion et d'écarter la proposition du Conseil fédéral de rejeter la motion.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Herr Dandrès hat die Argumentation des Bundesrates eigentlich perfekt dargelegt; ich muss hier nicht mehr ausführlicher werden. Ich möchte einfach noch einmal zu bedenken geben, dass die Anwendung dieser Zustellmethode bzw. dieses Fristenlaufs auf die Strafprozessordnung problematisch ist, weil es dort nicht um A-Post-Zustellungen geht, sondern vielmehr darum, dass Zustellungen nur mit Empfangsbestätigung erfolgen.

Sollten Sie die Motion annehmen, werde ich namens des Bundesrates im Ständerat beantragen, diesen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.3381/25086)

Für Annahme der Motion ... 170 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(1 Enthaltung)

22.3382

Motion RK-N.

**Keine unnötigen Hürden
bei der Stiefkindadoption**

Motion CAJ-N.

**Pas d'entraves inutiles à l'adoption
de l'enfant du conjoint**

Nationalrat/Conseil national 08.06.22

Antrag der Mehrheit
Annahme der Motion